

"Mehr Finanzen, zusätzliches Personal!" - Und jetzt?

Autor(en): **Müller, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **188 (2022)**

Heft 6

PDF erstellt am: **04.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-981418>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Mehr Finanzen, zusätzliches Personal!» – Und jetzt?

Der Beginn des Ukraine-Kriegs war ein sicherheitspolitischer Weckruf für die Schweiz. Sofort wurden Zahlen zu mehr finanziellen Mitteln und höheren Beständen der Schweizer Armee herumgeboten. Diese Forderungen sind berechtigt. Aber der eingeschlagene Weg irritiert. Es gilt, das positive Momentum zugunsten der Sicherheit unseres Landes intelligent zu nutzen.

Peter Müller

Man liest die Zahlen und reibt sich die Augen: Bundesrat und Nationalrat sprechen sich für ein Militärbudget von sieben Milliarden Franken ab dem Jahr 2030 aus. Glaubt man den Absichtserklärungen, dann zwar nicht per sofort, jedoch schrittweise bis in acht Jahren. Im Windschatten soll auch der Armeebestand auf 120 000 Angehörige aufgestockt werden. Die Politik ist erwacht und auch das Militär wagt sich aus der Deckung. Die sicherheitspolitische Schönfärberei und die Verharmlosung zum Ausrüstungsstand unserer Armee summieren sich zu einer peinlichen Quittung. Bereits glaubt man ein Aufatmen zu hören: Werden die beiden genannten Zielwert erreicht, dann scheinen die Probleme gelöst. Wirklich? Transferieren wir die bisherigen Denkansätze und Handlungsmuster nicht einfach unverändert in die Zukunft?

Warum sieben Milliarden Franken?

Der genannte Betrag steht seit Beginn der Diskussionen praktisch unangetastet im Raum. Damit investiere die Schweiz ab dem Jahr 2030 rund ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in ihre Armee. Politische Kreise erachten diesen Zielwert als «für die Schweiz angemessen». Dabei wird ausgeklammert: Gegenwärtig investiert unser Land bloss rund 0,7 Prozent des BIP in seine Sicherheit. Damit liegen wir innerhalb Europas am Schluss, in illustrierter Gesellschaft mit Österreich und Luxemburg. 1990 war unser Armee-Anteil am BIP – trotz rasanter Kürzungen in den Vorjahren – noch mehr als doppelt so hoch.

Unerwähnt bleibt bei dieser Investitions-Vorgabe auch: Im Mittel geben die Länder Europas rund 1,5 Prozent ihres BIP für die Verteidigung aus. Die NATO fordert von ihren Mitgliedern gar einen Richtwert von zwei Prozent; verschiedene Länder bemü-

hen sich gegenwärtig, dieser Zielvorgabe nachzukommen. In der Schweiz will man sich mit einem Prozent begnügen. Welche Gründe sprechen für diese Vorgabe? Wollen wir den Vorwurf der sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer-Mentalität aufrechterhalten? Können wir auch künftig bündnisfrei auf den Schutz des europäischen Umfelds vertrauen, ohne eine äquivalente Gegenleistung einzubringen? Zentralste Frage bleibt: Weshalb soll unsere finanzgetriebene Sicherheitspolitik diskussionslos weitergeführt werden?

Weshalb 120 000 Armeeingehörige?

Die zweite Forderung einer mittelfristigen Erhöhung des Armeebestands um 20 000 Angehörige segelt im Windschatten der Budgeterhöhung. Dies führe zu einem breiteren Schutz und zu einer Verbesserung der Durchhaltefähigkeit, argumentieren die Initianten. Auch hier werden wesentliche Aspekte ausgeklammert: Die Armee hat schon heute Mühe, den Soll-Bestand von 100 000 Armeeingehörigen zu alimentieren. Das Parlament streitet sich mit dem Bundesrat, wie die Lücken zu schliessen sind. Weiter beklagt unsere Armee eklatante Ausrüstungslücken. Von der Zielvorstellung der WEA, künftig über eine «vollständige Ausrüstung» zu verfügen, hat die Armeespitze stillschweigend Abschied genommen.

Ungeklärt bleibt auch die politische Forderung, «140 000 Armeeingehörige vollständig auszurüsten», also gleich den ganzen Effektivbestand, welcher über dem Sollbestand liegt. Bringt eine vollständige persönliche Ausrüstung Vorteile, wenn es am kollektiven (schweren) Material mangelt? Schon mit der Armee XXI konnten die damaligen «Reserven» nicht ausgerüstet werden. Von eingeteilten Armeeingehörigen gehören viele den rückwärtigen Funktionen

an. Bei länger dauernden Einsätzen rechnete die Armee früher mit «nur 20 Prozent, die sich konkret im Einsatz befinden». Die Durchhaltefähigkeit würde mit 120 000 Armeeingehörigen bloss marginal verbessert.

Führungsstärke und Gestaltungswille

Bisher versteckte sich die Militärspitze hinter der Floskel vom «Primat der Politik», wenn es um die unzureichenden finanziellen Mittel und die Ausrüstungslücken ging. Eigentlich wäre es «heilige Pflicht» – besonders im Sicherheitsbereich – die Vorgesetzten unmissverständlich darauf hinzuweisen, wenn Auftrag und Mittel auseinanderklaffen. Der erste Auftrag lautet verfassungsgemäss immer noch die Verteidigung unseres Landes. Überraschenderweise hat sich jüngst auch die Chefin VBS hinter diese Denkweise gestellt: «Wir werden uns weiterhin mit dem Budget arrangieren, das uns vom Parlament zur Verfügung gestellt wird.»

Erstaunt hat auch ihre Aussage an einem SVP-Anlass: «Die Armee ist auf Kurs und richtig aufgestellt, auch im Vergleich zu anderen Streitkräften in Europa.» An-

UNVOLLSTÄNDIGE BESCHAFFUNGEN

(Auszug, alphabetische Reihenfolge)

- ▣ Brückenlegesystem
- ▣ Gabelstapler
- ▣ Genie- und Minenräumpanzer
- ▣ Geschützte Mannschafts- und Transportfahrzeuge GMTF
- ▣ Kampfpanzer Leopard 2 Werterhaltung
- ▣ Kleinbusse und Lieferwagen
- ▣ Luft-Luft-Lenkwaaffe AMRAAM
- ▣ 12 cm Mörser 16
- ▣ Neue Richtstrahlgeräte
- ▣ Neues Verpflegungssortiment
- ▣ Radlader
- ▣ Restlichtverstärker
- ▣ Sanitätsfahrzeuge Piranha I 6×6
- ▣ Schutzwesten
- ▣ Taktisches Aufklärungssystem TASYS
- ▣ Taktisches Funkgerät
- ▣ Taktisches Kurzwellenfunksystem SE-240
- ▣ Unterstützungsbrückensystem 45 m
- ▣ Wärmebildgeräte

Quelle: Armeebotschaften/Rüstungsprogramme ab 2005

gesprachen auf die Ausrüstungsprobleme, stellte der Chef der Armee in einem Interview mit der «Schweiz am Wochenende» kürzlich fest: «Die Probleme sind nicht so gross. Wir haben viel altes Material, das bald ersetzt werden muss.» Wer, wenn nicht die Spitze des VBS, müsste in der aktuellen Situation Flagge zeigen und das Parlament zum Handeln auffordern? Führungsstärke und Gestaltungswille sehen anders aus!

Was beschaffen wir jetzt?

Der Chef der Armee stellte sich jüngst auf den nachvollziehbaren Standpunkt, es mache angesichts der Ausrüstungslücken wenig Sinn, «veraltetes Material nachzubeschaffen». Dann tauchte in der Öffentlichkeit die Forderung auf, man müsse die eingemotteten Kampfpanzer Leopard wieder in Betrieb nehmen und werterhalten. Egal, woher sie stammt, die Widersprüche sind augenscheinlich und wohl auch nicht kompatibel mit dem Konzept «Zukunft der Bodentruppen». Gefragt sind nun klare Antworten: Welche bestehenden Ausrüstungslücken sollen geschlossen werden? Welche zurückgestellten Ausrüstungsvorhaben sollen reaktiviert werden? Und welche Beschaffungsprojekte sind zeitlich vorzuziehen?

Stellvertretend für analoge Forderungen aus anderen Kreisen sei eine zentrale Frage von Nationalrätin Marianne Binder-Keller am jüngsten Forum Sicherheit Schweiz zitiert: «Was braucht die Armee jetzt? Dies ist keine fixe Franken-Frage!» Nun muss der «Einkaufszettel» der Armee dringend mit konkreten, priorisierten und gut begründeten Beschaffungsvorhaben gefüllt werden, von dem auch die Öffentlichkeit erfahren soll.

Sicherheitspolitischer Zusatzbericht

Angesichts des Ukraine-Kriegs und der geschilderten unklaren Situation hat die Spitze des VBS bis Ende Jahr einen Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht in Aussicht gestellt. Es bestehen Fragezeichen zur Zweckmässigkeit dieses Vorgehens: Alle bisherigen Berichte zeichneten ein umfassendes Bild der externen Bedrohungslage und der angedachten Massnahmen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Es fehlte jedoch der selbstkritische Blick auf die «interne Bedrohungslage»: Ist unsere Armee gewappnet, den externen Gefahren verfassungsgemäss zu begegnen? Damit reflektiert der Sicherheitspolitische Bericht nur einen Teilaspekt.

KERNAUSSAGEN IM ARMEEBERICHT 2010

- **Generell:** Es bestehen erhebliche Probleme: Erstens sind (aus finanziellen Gründen) nicht alle Verbände vollständig ausgerüstet; zweitens sind militärisch an sich notwendige Systeme nicht beschafft worden, was Fähigkeitslücken zur Folge hat.
- **Vollständige Ausrüstung:** Von den 22 Inf Bat und Mech Inf Bat können bloss drei vollständig ausgerüstet werden; bei den Pz Bat sind es zwei von sechs, bei den Art Abt zwei von fünf Verbänden.
- **Materielle Fähigkeitslücken:** Diese bestehen vor allem bei der Abwehr eines militärischen Angriffs.
- **Unterhaltsbedarf:** Die Menge Material ist, bei praktisch gleichbleibender Anzahl Dienstage, verglichen mit früher wesentlich geringer. Dadurch wird das Material stärker beansprucht.
- **Logistik:** Wegen Personal- und Kompetenzmangel müssen Leistungen zunehmend ausgelagert werden. Der Zustand des Materials ist mangelhaft.
- **Fachpersonal:** Das Personal für moderne Systeme kann intern nicht zeitgerecht bereitgestellt werden.
- **Immobilien:** Die Armee hat nicht mehr genügend finanzielle Mittel, um die benutzten Immobilien zu sanieren und instandzuhalten. Es besteht ein aufgelaufener Instandhaltungsbedarf.
- **Finanzen:** Ein nachhaltiges Verhältnis zwischen Leistungen und Ressourcen kann unter den bestehenden Rahmenbedingungen nicht hergestellt werden.
- **Kostentreiber:** Die Multifunktionalität der Armee kann nicht länger finanziert werden.
- **Bedrohung:** Ein militärischer Angriff ist auf absehbare Zeit unwahrscheinlich, wäre aber die folgenschwerste Bedrohung für die Schweiz. Deshalb muss die Armee die Verteidigungskompetenz erhalten und weiterentwickeln.
- **Durchhaltefähigkeit:** Als Erfahrungswert gilt, dass bei lange dauernden Einsätzen nur 20 Prozent des für den Einsatz vorgesehenen Bestandes sich zu einem bestimmten Zeitpunkt konkret im Einsatz befindet.

Quelle: Armeebereich vom 1. Oktober 2010 (Originalzitate)

Diese Lücke gilt es zu beheben. Der Armeebereich 2010 liefert die Blaupause: Er deckte am Übergang zur WEA schonungslos die damaligen Mängel der Armee auf (siehe Infobox). Eine derartige Transparenz fehlt seither. Wider Erwarten warf diese Mängeliste fast keine politischen Wellen, weil die Erwartung geweckt wurde, mit der WEA liessen sich die Probleme lösen. Das Prinzip Hoffnung ist in sich zusammengefallen: Die Probleme sind heute wohl noch gravierender. Eine Aktualisierung drängt sich auf. Sie ist rasch zu erreichen, denn das Soll-Mengengerüst und die tatsächlichen Bestände sind der Armee bekannt. Die offene Investitionssumme ist näherungsweise errechenbar. Daraus wären dann die Folgerungen abzuleiten, wie diese Lücken zu schliessen sind.

Positives Momentum nutzen

Der Ukraine-Krieg löste eine sicherheitspolitische Schockwelle aus und öffnete die Augen. Sicherheit ist wieder ein Thema, aber wohl nicht kostengünstig auf dem Tritt-

brett Dritter und zugunsten anderer Politikbereiche. Der aktualisierte Armeebereich dürfte eine weitere Schockwelle auslösen: So schlimm steht es um die Ausrüstung und die Handlungsmöglichkeiten unserer Armee? Albert Stahel, emeritierter Professor für Militärstrategie an der Universität Zürich, drückte sich pointiert aus: «Wir sind nicht verteidigungsfähig.»

Das wäre die einmalige Chance, wenigstens zu Beginn den vielzitierten «Fähigkeitsansatz» wiederzubeleben und von der finanzgetriebenen unvollständigen Ausrüstung wegzukommen. Dass dann wieder Abstriche erfolgen, bleibt zu erwarten. Aber man diskutierte und beschlosse «en connaissance de cause». Dieser Diskussion und Verantwortung sollten sich – angeführt von der Spitze des VBS – auch unsere Politikerinnen und Politiker stellen. Vielleicht ergäben sich daraus ganz andere Dimensionen als sieben Milliarden Franken und 120 000 Armeeingehörige. ■